

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 20/45. Jahrg.

20. Mai 1932

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weipostvereins 1.- Mk.

## Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-schluß: Montag, Ferruf: B 2, Lützow 5583.  
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. - Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagort Schkeuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

## Um was es geht!

Zwei Reden, gehalten von den Kollegen Haß und Herbst bei den Tarifverhandlungen für das Steindruckgewerbe

### Die Katastrophenpolitik der Unternehmer

Herr Wolff, so führte Kollege Haß aus, hat sich die Begründung der Forderungen der Unternehmer sehr leicht gemacht. Er hat im allgemeinen nur auf die internationale Lage durch die Wirtschaftskrise hingewiesen und verlangt, daß zu der Senkung der Selbstkosten, die eintreten müßte um konkurrenzfähig zu sein, auch ein allgemeiner Abbau der Löhne und der Manteltarifbestimmungen stattfinden müsse. Diese Begründung ging vielfach an den wirklichen Dingen vorbei, vielleicht in dem Gedanken des Vorwurfs, den man uns früher des öfteren gemacht hat, wir verständen nichts von der Wirtschaft. Es mag richtig sein, daß wir in der Vorkriegszeit nicht notwendig hatten, so tief in die Dinge einzusteigen wie bei den jetzigen Tarifkämpfen.

Die Gewerkschaften haben auch nach dem Kriege erst eine aktive Wirtschaftspolitik betrieben. Sie waren dazu verpflichtet, weil der größere Einfluß im Staate ihnen auch eine größere Verantwortung auferlegte. 1918 ist das erste Aktionsprogramm der deutschen freien Gewerkschaften erschienen, und auf dem Gewerkschaftskongreß 1919 in Nürnberg wurde der Versuch unternommen, wirtschaftspolitische Aufgaben der Gewerkschaften abzustecken.

Dieser ersten Phase folgte eine zweite aktiver Wirtschaftspolitik im Jahre 1925. In diesem Jahre wurde die Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik gegründet. Seit dieser Zeit führen wir nicht nur einen gewerkschaftlichen und politischen Machtkampf, sondern bei jeder Tarifverhandlung erfolgt auch eine geistige Auseinandersetzung. Das scheint mir heute um so mehr notwendig zu sein, als Herr Wolff die Absichten der Unternehmer näher dargelegt hat. Man kann wohl auch von einem Versuch, die Anträge zu begründen, sprechen. Wie weit ihm das gelungen ist, wird die Debatte ergeben.

Wir haben keine kaufmännische oder kommerzielle Bildungsanstalt durchlaufen. Wir sprechen also als Gewerkschafter mit den Erfahrungen, die wir gesammelt haben. Die gründliche Prüfung Ihrer Stellung hat uns zu der Auffassung gebracht, daß die Politik der Unternehmerverbände falsch ist. Ihre Politik führt zu dem Untergang Ihrer eigenen Gesellschaftsordnung. Sie sind Ihr eigener Totengräber. Ich habe nicht die Absicht, hier die Theorien von Karl Marx zu vertreten, sondern ich will versuchen, Ihrer Beweisführung nachzugehen. Dabei will ich mich besonders stützen auf die Denkschriften, Eingaben und Forderungen der Unternehmerverbände, die seit dem September 1931 in der Öffentlichkeit bekannt geworden sind.

In dem Sofort-Programm der 11 Spitzenverbände der deutschen Unternehmer heißt es in dem programmatischen Aufruf an Regierung und Öffentlichkeit im Punkt 2:

„Eine Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse. Die Hauptvoraussetzung für eine individuellere Lohngestaltung ist eine Reform des Tarif- und Schlichtungswesens, durch die die Institution der Verbindlichkeitserklärung beseitigt und die eigene Verantwortung der Parteien wiederhergestellt wird.“

Ihr „sehr richtig“ beweist, daß Sie noch heute diese Forderungen vertreten. Mit Hilfe der Regierung haben Sie einen Teil dieses Programms durchgesetzt. Es war Ihnen nur dadurch möglich, daß wir durch die politische Notlage als politische Arbeiterpartei gezwungen waren, die Regie-

rung Brünung zu tolerieren. Durch diesen gewaltsamen Eingriff in die Tarif- und Arbeitsverhältnisse ist Mensch und Volk wieder Objekt der Privatwirtschaft geworden. Wir sind wieder auf dem besten Wege zum alten Staat, zu dem Staat, der nur für die Privatwirtschaft da war und nicht die Aufgabe gelöst hat, den Menschen vor Ausbeutung zu schützen.

Zu dieser Stellungnahme der Regierung gehört die Reichshilfe durch Subventionen an Banken, Reedereien, Großunternehmer und Agrarier. Die Subventionen, die die Arbeiterschaft durch die Sozialpolitik erhält, werden immer mehr eingeschränkt. Die Folge davon ist die ungeheure Not der Arbeiterschaft, und viele Menschen werden diesem Zustand erbarmungslos geopfert.

Ihre Wirtschaftspolitik ist charakterisiert durch die Entwicklung der Technik, durch die Rationalisierung der letzten Jahre, die immer mehr Menschen überflüssig gemacht hat. Auch bei Ihren jetzigen Forderungen geht es nicht um diese Menschen, sondern die Privatwirtschaft will verdienen und neues Kapital bilden. Die Sorge und Betreuung für die Arbeiter, die brotlos geworden sind, überläßt man dem Staat und den Gemeinden. Dieser Zustand ist aber auf die Dauer unmöglich, er führt zu Zusammenbruch und Bürgerkrieg. Wenn z. B. in Berlin jeder vierte Mensch unterstützt werden muß, weil für ihn keine Arbeit beschafft werden kann, so kennen Sie aus den öffentlichen Erklärungen, daß dieser Zustand nicht mehr lange bestehen bleiben kann, denn sonst brechen die Gemeinden in Deutschland zusammen. Für den Haushalt 1932/33 wird in Berlin mit einem Jahresdurchschnitt von 300 000 Wohlfahrtsunterstützten gerechnet. Das bedeutet täglich eine Million Mark Unterstützungszahlung an diese weder vom Reich noch Staat versorgten Arbeitslosen.

Gegenüber diesem Zustand verlangen die Gewerkschaften, daß die Erzeugnisse der Wirtschaft zum Unterhalt für alle verwandt werden. Wir wissen, daß in Ihrer Gesellschaftsordnung eine solche Forderung nicht durchgesetzt werden kann. Deshalb kämpfen wir so leidenschaftlich für die Umgestaltung der Gesellschaft, für den Sozialismus.

Wir behaupten, daß wir mit unserer Auffassung recht haben, Sie behaupten das Gegenteil. Ich will deshalb einen Ihrer Führer zum Beweise heranziehen, daß der Mensch das Maß aller Dinge sein muß, und nicht der Profit der Privatwirtschaft. Owen Young, unter dessen Vorsitz der Youngplan ausgearbeitet wurde, ein Mann, der die europäische Politik und Wirtschaft der letzten Jahre wie kein anderer beeinflußt hat, sagte in einem Artikel in der „Wiener Neuen freien Presse“ folgendes:

„Ich betrachte Wirtschaft und Politik in keinem Sinn als Ziele um ihrer selbst willen. Hinter ihnen stehen vielmehr Millionen menschlicher Antlitze, junge und alte, wohlhabende und bedürftige, wohlhabende und egoistische, edle und mißgünstige, doch alle nicht nur in ihrer wirtschaftlichen, sondern auch in ihrer kulturellen und geistigen Entwicklung lebhaft berührt durch diese Organisationen, die politische wie die wirtschaftliche, die sie sich selber auferlegt haben. Solange diese in ihrem Dienste wirken, können wir Fortschritte machen, und die Vorteile, welche die Kultur uns gebracht hat, ernten. In diesen Tagen einer sich verengenden Welt können die Menschen nicht in solche geschieden werden, denen es gut geht, und in solche, denen es schlecht geht,

es kann nicht der eine vorwärtsschreiten und der andere zurückbleiben. Die Menschen müssen in allem zusammenhalten, im Guten und im Bösen. So müssen ihre Dienerinnen, Politik und Wirtschaft, zusammengehen, und zwar nicht bloß in einem Lande, sondern überall...“

Young sagt also mit deutlichen und krassen Worten: Wir wollen keine Interessentenhäufen bilden, sondern uns bemühen, ein Staatsvolk zu sein. Nur durch diese gemeinsame Arbeit für die Gesamtheit ist vielleicht noch eine Rettung möglich.

Und nun zu Ihrer Beweisführung. Bei den letzten Tarifverhandlungen haben Sie uns gesagt, daß eine Lohnsenkung und eine Verschlechterung der Manteltarifbestimmungen notwendig sei, damit Sie wieder wettbewerbsfähig werden. Sie haben sogar davon gesprochen, daß 5 Pfennige weniger in der Stunde es oftmals ermöglichen würden, Aufträge aus dem Auslande hereinzubringen. Hat sich diese Behauptung erfüllt? Das Gegenteil ist eingetroffen! Die Schrumpfung der Industrie hat ein Ausmaß erreicht, daß man Einkehr und Umstellung erwarten müßte. Trotz dieser Schrumpfung haben Sie noch viel weitergehende Anträge gestellt als in früheren Jahren. Es bleibt nahezu nichts mehr von den Errungenschaften des Jahres 1919 übrig, wenn wir Ihre Anträge annehmen würden. Aus dieser ungeheuren Schrumpfung der Industrie, die als Folge Ihrer Wirtschaftspolitik zu verzeichnen ist, entstand eine Not der Massen, die unbeschreiblich ist.

Dieser Zustand hat die Menschen auf allemöglichen Gedanken gebracht, hat Pläne und Vorschläge entstehen lassen, die zum Teil wahnwitzig genannt werden müssen. Dazu gehört auch der Gedanke der Autarkie, der Einengung der einzelnen Länder durch Selbstbeschränkung, und nur von den eigenen Erzeugnissen und der eigenen Arbeit zu leben. Die auf diesem Gebiet getroffenen Maßnahmen in den einzelnen Ländern sind geeignet, die Arbeitslosenzahlen noch weiter anzuwachsen zu lassen. Mein Kollege Herbst wird Ihnen später die Zahlen für unsere Berufe nennen. Sie drücken ein solches Maß von Not und Elend aus, daß alles getan werden sollte, um schnellstens diese Not zu mildern.

Daß Sie durch Lohnsenkungen und Tarifverschlechterungen aber im Auslande nicht wettbewerbsfähiger geworden sind, beweisen die Ziffern der Ausfuhr. Sie sind in demselben Maße zurückgegangen wie die Gesamtausfuhr. Die Verringerung der Ausfuhr wird noch verstärkt durch die zollpolitischen Maßnahmen der einzelnen Länder. Die Ausfuhr nach England hat eine außerordentliche Bedeutung für unsere Berufe. Die Einführung eines 20prozentigen Wertzoll wird noch verschärft durch die in Aussicht genommenen Maßnahmen, von denen der englische Schatzminister bei seiner letzten Etatsrede gesprochen hat. Danach ist eine weitere 10prozentige Zollerhöhung in Aussicht genommen, die nach dem Etat 27 Millionen Pfund einbringen soll. Chamberlain hat ausdrücklich hinzugefügt, daß er sich neue Antidumping-Zölle vorbehalten müsse, wenn eine neue unlautere Konkurrenz aus anderen Staaten festgestellt wird.

Wir haben schon bei früheren Verhandlungen oft gesagt, daß unlautere Konkurrenz nie ein Ergebnis haben wird. Es ist mit einer Schutzkonkurrenz ungefähr so, wie mit den Währungsmanövern. Auch diese haben nur in der ersten Überraschung Vorteile für den Staat, der solche Manöver unternimmt. Nach einer gewissen Zeit tritt durch die Gegenmaßnahmen der anderen Staaten wieder die alte Relation ein. Mit niedrigen Löh-

nen hat noch nie ein Land seine Wettbewerbsfähigkeit herstellen können. Am allerwenigsten kann das Deutschland, weil nämlich mit niedrigen Löhnen auch die Leistungsfähigkeit der Arbeiter sinkt und dann erst recht keine Wettbewerbsfähigkeit gegeben ist.

Niedrige Löhne setzen aber auch niedrige Preise voraus. Wie haben Sie sich entrüstet, als wir bei der Ankündigung der Preisenkundensaktion der Reichsregierung durch Herrn Goerdeler diese als Schwindel und Volksbetrug bezeichneten. Es waren gewiß starke Worte, die wir damals ausgesprochen haben. Es hat sich aber gezeigt, daß die Situation durchaus richtig beurteilt. Ich erinnere auch noch daran, daß bei den letzten Lohnverhandlungen der Preis der Butter eine so große Rolle gespielt hat. Sie behaupteten, daß die Butter 1.— RM. pro Pfund kosten solle. Der Versuch, ein Pfund Butter dafür zu bekommen, ist allerdings gescheitert. Ich weiß heute nicht mehr, ob 1,20 RM. oder 1,40 RM. damals bezahlt worden ist. Jedenfalls gab es auch schon damals kein Pfund Butter für 1.— RM. Heute sind diese Preise ein Wunschsraum. Die Politik Schieles hat zu einer Notverordnung geführt, die den Butterzoll von 50 auf 100 RM. pro Doppelzentner erhöht hat. Dazu kommen noch 15 Proz. Währungsentwertung für bestimmte Länder, so daß für den Doppelzentner Butter aus den nordischen Staaten 136 RM., aus Polen sogar 170 RM. Zoll bezahlt werden muß. Es ist dann auch kein Wunder, daß die Margarine erhöhten Absatz gefunden hat, weil sie von der Arbeiterschaft statt Butter gekauft werden muß. Hier senkte sich der Preis pro Kilo nur von 1,90 auf 1,35 RM. Das Konjunkturstüt hat festgestellt, daß der Butterumsatz in Deutschland von 2 Milliarden auf 1,5 Milliarden RM. gesunken ist, der Wert des Margarinekonsums aber nur von 900 Millionen auf ungefähr 800 Millionen RM.

Noch viel schlimmer ist die Schiele'sche Agrarpolitik, wenn wir die Verteuerung des Brotgetreides in Betracht ziehen. Auf dem Weltmarkt kostet die Tonne Roggen und Weizen 81 und 82 Reichsmark. In Berlin kostet der Roggen 194 RM. und der Weizen 245 RM. pro Tonne. Gegenwärtig sind die Preise noch höher. Das Ergebnis des Goerdler'schen Preisabbaues habe ich noch im einzelnen erfaßt aus einer Haushaltsrechnung eines Kollegen, die mir zur Verfügung gestellt wurde. Es ist die Woche vom 5. bis 11. Dezember 1931 und die Woche vom 23. bis 29. Januar gegenübergestellt. In der Dezemberwoche 1931 zahlte er für die gleiche Menge Lebensmittel 16,85 Mk. und in der Januarwoche 1932 15,55 RM. Die Preise der notwendigen Lebensmittel sind ungefähr um acht Prozent gesunken. Die Senkung des Reallohnes beträgt also für unseren Kollegen 8—10 Proz. Diese Zahlen sind unwiderlegbar.

Und nun ein Wort zum politischen Lohn. Mein Parteigenosse Hilferding hat auf dem Kieler Parteitag von dem politischen Lohn gesprochen. Herr Dr. Wagner entrüstete sich in einer späteren Verhandlung darüber. Er sagte, daß die Wirtschaft bei solcher Einstellung der Gewerkschaften zugrunde gehen müsse. Was erleben wir jetzt? Der schroffste politische Eingriff, der je erfolgt ist, erfolgte durch die Notverordnungen der Regierung die den Lohnabbau zwangsweise durchgeführt hat. Diese Aktion der Festsetzung eines politischen Lohnes haben Sie freundlich aufgenommen, und trotzdem spricht man dann noch von einer „freien Wirtschaft“.

Ich habe in den letzten Tagen die gesamten Wirtschaftszeiten durchgesehen. Immer wieder ist mir begegnet, daß der Preisabbau wirkungslos für die Belebung der Wirtschaft geblieben ist. Eine Ihnen sehr bekannte große Zeitschrift eines großen Wirtschaftspolitikers weist besonders darauf hin, wenn im Herbst 1930 ein Preisabbau erfolgt wäre, so hätte dieser zweifellos den Umsatz erheblich beleben können. Der jetzige Preisabbau habe aber die entgegengesetzte Wirkung. Ihre ganze Politik ist also darauf gerichtet, die Kaufkraft oder den Käufer zu erschlagen. Sie haben viel gespottet über die Kaufkrafttheorie der deutschen Gewerkschaften, und die Parole der Unternehmer lautete immer: „Wir verbrauchen zu viel“. Es können also weder Fertigkeiten gekauft werden, noch kann die Arbeiterschaft sich ausreichend ernähren. Wollen wir beurteilen, in welchem Ausmaß die Lebenshaltung gesunken ist, so brauchen wir uns nur die Ziffern der Arbeiter-Konsumvereine anzusehen. Die Ausweise ergeben, daß die Umsätze um 30 Proz. gesunken sind. Diese mangelnde Kaufkraft wird auch die letzten Produktionsstätten lahmlegen, wenn Sie nicht mit uns zusammen auf die Änderung dieser Politik hinwirken.

Das Konjunkturforschungs-Institut hat eine Untersuchung über die Produktion durchgeführt. Der entstandene Index, der 1928 als 100 annimmt, weist aus, daß die Produktionsmittel heute zu 65,5 Proz. ausgenutzt sind. Ein Drittel der gesamten Industrie liegt also still.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auch noch auf die große Arbeit von Woytinsky, der als Ausweg aus der Krise eine internationale Hebung der Preise befürwortet. Aus einer Untersuchung der Krisen von 1815 bis 1920 in 17 ver-

schiedenen Ländern wird die Bewegung der Großhandelspreise in 120 Fällen mit der Veränderung der Beschäftigung verglichen. Es stellt sich dabei heraus, daß bei sinkenden Preisen die Arbeitslosigkeit in 60 Proz. der beobachteten Fälle gestiegen ist, und nur in 17 Proz. der Fälle ging sie zurück. Bei steigenden Preisen verminderte sich die Arbeitslosigkeit in 62 Proz. sämtlicher Fälle, und nur in 18 Proz. der Fälle stieg sie an. Schon bei früheren Debatten habe ich auf die Äußerungen anderer großer Politiker verwiesen, die eine ähnliche Anschauung vertreten haben.

Trotzdem verlangen Sie durch Ihre Anträge auch diesmal wieder Abbau und immer wieder Abbau des Lohnes und der Mantelbestimmungen. Alles, was Sie an Mantelbestimmungen verschlechtern wollen, hat materielle Grundlagen. Der Reallohn der Gehilfen soll also weiter verschlechtert werden trotz der unerhörten Leistungssteigerung, die im Gesamtgewerbe seit 1924 erzielt worden ist.

Der Verbandsvorstand hat für gründliche Untersuchung der Verhältnisse viel Arbeit, Zeit und Geld aufgewandt. Wir wollten uns selbst Wahrheit und Klarheit verschaffen. Das Ergebnis dieser Untersuchungen wird von meinem Kollegen Herbst vorgetragen werden. Das Ergebnis dieser Untersuchungen ist aber das folgende. Während der Gehilfe früher einen gewissen Anteil an der Produktion hatte, wollen Sie jetzt jedes Risiko von sich abwälzen. Es soll von der Arbeiterschaft getragen werden. Sie glauben die Krisenzeit dazu benutzen zu können, alle Vorteile und Veränderungen des Manteltarifes, die bei den früheren Tarifverhandlungen nicht zu erlangen waren, jetzt durchzusetzen. Wir werden Ihnen dabei den alleräußersten Widerstand entgegensetzen. Sie werden diese Forderungen nicht früher durchsetzen können, als bis Sie im Kampfe die Kräfte der Organisation vernichtet haben.

Wir stellen Ihren Forderungen die unsrigen entgegen. Wir glauben, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit die einzige Möglichkeit besteht, das Arbeitslosenelend zu mildern. Der bekanntgewordene Referentenentwurf des Reichsarbeitsministeriums führt diese Forderung der Gewerkschaften nur teilweise durch. Die Ausschaltung der Betriebe bis zu 10 Personen und die Möglichkeit der Heraufsetzung der Arbeitszeit schwächt die Wirkung dieser Maßnahme ab. Trotzdem begrüßen wir diese Aktion der Regierung als ersten Schritt zu einer wirksamen Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit. Ich will jetzt im einzelnen unsere Forderungen nicht weiter begründen. Während unsere Anträge durchgeführt werden können, müssen wir Ihre Anträge auf das entschiedenste ablehnen. Wenn Sie z. B. die Beseitigung der Feiertagsbezahlung verlangen, die mit kurzer Unterbrechung seit 40 Jahren im graphischen Gewerbe besteht, so können wir nur sagen, daß darüber überhaupt nicht diskutiert werden kann. So gibt es noch eine Reihe anderer

Forderungen, über die wir nicht diskutieren können, die wir mit einem klaren und eindeutigen Nein beantworten.

Zum Schluß noch ein Wort zu der Stellungnahme des Reichsarbeitsministers und der Reichsregierung. Während die Reichsregierung vor Monaten ihre Maßnahmen darauf einstellte, daß die Industrie exportieren könne, hat sie nun endlich wieder entdeckt, daß es auch einen Binnenmarkt gibt. Herr Wolff hat auch auf die Ausführungen des Herrn Stegerwald Bezug genommen, der eine Lohnsenkung noch dort für angebracht hält, wo für den Binnenmarkt produziert wird. Ihr Organ hat auch gegen diese Auffassung des Herrn Stegerwald sehr entschieden Stellung genommen und eine neue Lohnsenkung gefordert. Ich mache gar nicht den Versuch, diese Ansicht zu widerlegen, oder festzustellen, was Stegerwald wirklich gesagt hat. Ich bin vielmehr der Meinung, daß man aus den Reden und Artikeln Stegerwalds herauslesen kann, was man gerade braucht. Jeder kommt bei einer gewissen Auslegung dazu, seinen Standpunkt mit den Worten Stegerwalds zu begründen.

Die Gewerkschaften haben klar und eindeutig zur Wirtschaftskrise Stellung genommen und ihre Forderungen formuliert. Wir vertreten diese Forderungen mit dem äußersten Nachdruck, und ich kann nur sagen, daß wir Ihre Politik weder vertreten können noch wollen. Lassen Sie mich meine Ausführungen schließen mit der Zitierung eines bürgerlichen Wirtschaftspolitikers. Es ist Prof. Dr. Franz Dessauer von der Zentrumsparlei, der in seinem Buche „Im Kampf mit der Wirtschaftskrise“ folgende beherzigenswerte Lehre erteilt:

„... Der Lohn ist zwar Selbstkostenfaktor des Produkts, aber er ist der empfindlichste, der am meisten mit Vorsicht zu berührende, denn er ist nicht nur Selbstkostenfaktor, sondern auch entscheidender Formfaktor für die Kaufkraft des inneren Marktes, ganz abgesehen von der menschlichen Seite des Problems. Die Kaufkraft setzt sich in vielen Gebieten des Reiches entscheidend aus Löhnen und Angestelltegehältern zusammen. Mit dem Senken der Löhne schwindet diese Kaufkraft und damit auch die Beschäftigung des Handels, Gewerbes, also des gesamten Mittelstandes, der Industrie und der Landwirtschaft ...“

Die richtige Lösung der Frage liegt in der Anknüpfung der Löhne und Gehälter an die Lebenshaltungskosten mit dem Ziel, die reale Kaufkraft, also die Lebenshaltung, damit den Güterstrom, aufrechtzuerhalten. Unsere Not besteht zu einem erheblichen Teil gerade darin, daß die Senkung der Löhne, der Gehälter und der selbständigen Einkommen rascher vorangeschritten ist, als die Preisenkensen es taten. Das bedeutet Schrumpfung des Güterstromes, Arbeitslosigkeit und Selbststeigerung der Not und Gefahr ...“

Diese Ansichten scheinen uns richtiger zu sein als die Ihrigen, und deshalb können wir Ihre Anträge nicht annehmen.

## Leiden und Lasten der Gehilfenschaft

Kollege Herbst hat das Wort:

Wenn nach den Bestimmungen der Verordnung über Tarifverträge vom 23. 12. 1918 und des in dieser Beziehung unverändert gebliebenen Textes der Bekanntmachung vom 1. 3. 1928 zwischen den wirtschaftlichen Vereinigungen von Gewerbeangehörigen Tarifverträge abgeschlossen werden, so sollen diese nicht nur die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen regeln. Darüber hinaus erwachsen vielmehr den Vertragschließenden schwerwiegende Verpflichtungen persönlicher und sachlicher Art, sowohl dem Gewerbe als auch seinen Angehörigen gegenüber.

Es ist also nicht damit getan, Normen darüber festzulegen, was innerhalb des Geltungsgebietes des Tarifvertrages Recht und Pflicht sein soll. Es ist auch nicht damit getan, daß diese Normen nach zwar ungeschriebenen aber deshalb nicht weniger wahren Gesetzen nach Treu und Glauben unter Berücksichtigung von Berufsgebrauch und Verkehrsseite ausgelegt werden sollen. Darüber hinaus bestehen Verpflichtungen für das Ganze. Um das Ausmaß solcher Verpflichtungen zu erkennen, muß Einblick in die Entwicklung des Gewerbes sowohl über dessen strukturelle Wandlungen, als auch über den Personenkreis vorhanden sein.

Betrachten wir deshalb zunächst einmal den Personenkreis ab 1. Oktober 1925 bis 31. März 1932.

	Lithographen		Steindrucker			
	Mitgl.	Arbeitsl. Proz.	Mitgl.	Arbeitsl. Proz.		
1. Oktbr. 1925	3306	57	1,7	9207	147	1,6
1. Oktbr. 1926	3277	330	14,5	9254	1158	12,5
1. Oktbr. 1927	3280	102	3,1	9324	437	4,7
1. Oktbr. 1928	3856	200	5,2	9539	677	6,7
1. Oktbr. 1929	3726	395	10,6	10161	1287	12,7
1. Oktbr. 1930	3605	737	20,4	10260	2498	24,3
1. Oktbr. 1931	3491	1233	35,3	10107	3811	37,7
1. April 1932	3353	1535	45,8	9637	4565	47,4

Zur Würdigung der Ziffern sei vorausgeschickt, daß von den Lithographen 6,9 Proz., von den Steindruckern 4,6 Proz. nicht erfaßt sind. Wir sehen aus den Ziffern, daß sich in 7 1/2 Jahren der Personenkreis der Lithographie um 47, der Steindrucker um 450 Gehilfen erweitert hat. Allein

in den Jahren 1930 bis 32 haben aber 611 Lithographen und 1433 Steindrucker ausgemerkt. Im gleichen Zeitraum beziffert sich der natürliche Abgang durch Tod auf 140 Lithographen und 287 Steindrucker.

Was mag wohl aus den 1140 Lithographen und Steindruckern geworden sein, die überflüssigerweise dem Gewerbe zugeführt wurden und dort ihre Lehre verbracht haben? Was mag aus den weiteren 380 Lithographen und 977 Steindruckern werden, die 1933 und 1934 auslernen?

Und wie sieht es mit der Beschäftigung der im Gewerbe gebliebenen Gehilfen aus? In den gleichen 7 1/2 Jahren senkte sich die Beschäftigungsziffer bei den Lithographen von 3249 auf 1818 und bei den Steindruckern von 9060 auf 5072. Hier von arbeiten 712 Lithographen oder 42 Proz. und 2232 Steindrucker oder 47,7 Proz. kurz. Die Zahl der Vollbeschäftigten ist damit auf 1106 Lithographen und 2840 Steindrucker gesunken.

Auf diese Voll- und Kurzarbeiter entfallen 35 Proz. Lithographen- und 32 Proz. Steindruckerlehrlinge. Nach den tariflichen Festsetzungen können zirka 20 Proz. Lithographen- und 25 Proz. Steindruckerlehrlinge gehalten werden.

Das Übel der Arbeitslosigkeit und des damit verbundenen Lohnverlustes ist damit aber keineswegs erschöpft. Die Statistiken sind an einen Stichtag gebunden und erfassen deshalb die zwischen den Stichtagen liegende Arbeitslosigkeit nicht. Die Jahresarbeitslosigkeit ergibt darum ein noch trübteres Bild.

	Zahl der		in Prozenten:									
	Mitglieder:	Arbeitslosen:	Durchschnittl. Wochen:									
1928	1929	1930	1931	1928	1929	1930	1931					
Lith.	3137	3585	3570	3506	722	1020	1550	2269	23,0	28,4	43,4	64,7
Stdr.	9225	10054	10343	10187	2270	3265	5002	6688	24,6	32,4	48,4	65,6
Ges.:	12362	13569	13913	13693	2992	4285	6552	8957	24,2	31,4	47,1	65,4
	1928	1929	1930	1931	1928	1929	1930	1931				
Lithogr.	9168	37142	32457	57003	13,6	16,8	20,9	25,1				
Steindr.	30936	56034	118016	183521	13,6	17,2	23,6	27,4				
Gesamt:	40104	73176	150473	240524	13,4	17,1	23,0	26,8				

Wir sehen, daß die Zahl der Arbeitslosen in der Zeit vom 1. 1. 1928 bis 31. 12. 1931 also in vier Jahren von 2992 auf 8957 oder von 24,2 auf 65,4 Proz., die Arbeitslosenwochen von 40 104 auf 240 524 und die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit von 13,4 auf 26,8 Wochen gestiegen sind.

Davon waren 1931 das ganze Jahr 374 Lithographen und 1326 Steindruckere arbeitslos und von diesen 1700 Gehilfen wiederum erhebliche Teile zwei, drei und selbst vier Jahre.

Hat sich nun dieser ungeheuerliche Schrumpfungszustand gleichmäßig vollzogen? Betrachten wir auch hier die Tatsachen. Am 30. September 1929 betrug die Schrumpfung bei den Lithographen 10,6 Proz., bei den Steindruckern 12,7 Proz. Nach den Erfahrungen der Vorkriegszeit stand im Mittel eine Reservearmee von 4 Proz. zur Verfügung, die in Anrechnung gebracht werden kann. Am 2. 10. 1931 erreichte die Schrumpfung bei den Lithographen 31,5 Proz., bei den Steindruckern 34,6 Proz. und für das Gesamtgewerbe 33,7 Proz. Davon sind betroffen:

das 1. Gehilfenjahr mit . . . . . 73 Proz.  
bis zu 24 Jahren mit . . . . . 25 Proz.  
über 24 Jahre mit . . . . . 29,4 Proz.  
über 60 Jahre mit . . . . . 50,5 Proz.

Die letzte Ziffer beweist die Richtigkeit eines Unternehmerausspruches, daß die Betriebe keine Versorgungsanstalten seien. Das trifft, wenigstens soweit die Gehilfen dabei in Frage kommen, ohne weiteres zu.

Die ungleiche Schrumpfung zeigt sich aber nicht nur bei den Altersklassen, sondern sie dehnt sich auch über die Sparten des Gewerbes aus.

Bei einem Mittel von 33,7 Proz. am 2. 10. 31 stehen die Reproduktionsphotographen mit 19,7, die Photolithographen mit 22,3 Proz. unter diesem. Die Kopierer zeigen sogar ein Plus von 3,9 Proz. Und weiter sind unter Mittel die Rubensdrucker mit 18,2 Proz. die Offsetdrucker (einfarbig) mit 24,6 Proz., Offsetdrucker (zweifarbige) mit 23,9 Proz. und die Rollenoffsetdrucker mit 14,5 Proz. Demgegenüber bewegen sich die Chromolithographen mit 36,6 Proz., die Kartolithographen mit 37,3 Proz., die Umdrucker mit 36,8 Proz. und die Schnellpressendruckere mit 35,7 Proz. über Mittel.

Die Gegenüberstellung dieser Ziffern gibt lehrreiche Einblicke in die strukturellen Wandlungen des Gewerbes, die sich selbst in der schwersten Krise durchsetzen.

Vom 1. 10. 1931 bis 31. 3. 1932 hat sich die Schrumpfung um weitere 10,5 auf 45,8 Proz. bei den Lithographen und bei den Steindruckern um weitere 9,7 auf 47,4 Proz. fortgesetzt, und die Kurzarbeit erhöhte sich auf 42 bzw. 47,7 Proz.

Was bedeuten diese sich auf 7 1/2 Jahre erstreckenden Tatsachen?

Zunächst sind die eingangs erwähnten Verpflichtungen persönlicher Art durch die tariflichen Festsetzungen in einer Weise ausgeweitet worden, daß die Erfüllung dieser Pflicht zur Unmöglichkeit geworden ist. In Erkenntnis dieser Tatsachen haben wir seit Jahren auf Anpassung an die veränderten Verhältnisse hingewirkt und unser Begehren auf unanfechtbares Material und auf nichtbestreitbare Unterlagen gestützt. Wir haben aber taube Ohren gepredigt und mußten über uns ergehen lassen, daß der uns entgegengesetzte Widerstand aus sozialen Erwägungen geboren sei. Nunmehr aber beweisen die Tatsachen in erschrecklichem Ausmaße, daß diese soziale Einstellung nur zu ein Viertel über die Dauer der Lehrzeit vorhanden ist. Wie wäre es sonst möglich, daß in zwei Jahren eine Einschrumpfung von 73 Proz. der beschäftigten Ausgelernten stattfinden konnte? Wie wäre es weiter möglich, daß die Positionen des Lehrvertrages andauernd und auf Stärkste verschlechtert werden sollen und verschlechtert worden sind?

Wie ist es möglich, daß der Lehrvertrag als Bestandteil des Tarifvertrages gegen unsern Willen und unter Bruch des Tarifvertrages einseitig verschlechtert wurde, wenn die Liebe für die vielen Lehrlinge sozialen Erwägungen entspränge. Diese gehen soweit, daß sogar infolge mangelnder kaufmännischer Voraussicht zur Einstellung gelangte Lehrlinge im Stilllegungs- oder Konkursfalle zur Sanierung der eingegangenen Verpflichtungen nach berühmten Mustern von der Gesamtheit übernommen werden sollen. Und wie vertrauen sich diese sozialen Erwägungen mit dem um vieles stärkeren Lohnabbau bei den in Beschäftigung gebliebenen jüngeren Jahrgängen?

Wir können deshalb Ihre uns vorgetragenen Gründe nicht mehr akzeptieren. Sie tragen die Verantwortung für zahlreiche gescheiterte Hoffnungen, die wohl erweckt worden sind, deren Erfüllung aber nicht erfolgt ist und von vornherein nicht einmal erfolgen konnte. Um diese Verantwortung beneiden wir Sie nicht. Wir empfinden aber, daß Ihr Tun im stärksten Gegensatz zu den Verpflichtungen steht, die Sie dem Gewerbe und seinen Angehörigen gegenüber übernommen haben. Wie federleicht wiegen dem gegenüber die Sün-

den der Gehilfenschaft, falls solche überhaupt be- gangen sein sollten.

Die ziffernmäßige Schrumpfung des Personalkreises im Gewerbe ist aber nicht gleichbedeutend mit ebensolchem Produktionsrückgang. Wir haben gesehen, daß die neueren und rationelleren Arbeitsmethoden bei weitem nicht so eingeschrumpft sind, als die älteren Arbeitsweisen. Das hieraus resultierende Mehrertragnis wirkt in starkem Maße ausgleichend und erleichternd für die Betriebe. Es werden mit geringeren Mengen angewandter Arbeitskraft größere Warenmengen erzielt. Dieser Ausgleich und diese Erleichterung wird auch von der finanziellen Seite unterstützt, wie wir noch sehen werden.

Am 1. 10. 29 betrug die Lohnsumme der Lithographen 205 716 RM., bei den Steindruckern 498 504 RM. Bis zum 2. 10. 31 senkten sich diese Summen durch Arbeitslosigkeit und Lohnabbau um 73 622 RM. bei den Lithographen und um 186 500 Reichsmark bei den Steindruckern. Auf Konto Lohnabbau entfallen davon 8840 RM. bzw. 14 146 Reichsmark. Das entspricht einer durchschnittlichen Lohnsenkung von 4,9 Proz. Der Schiedsspruch wirkte vom 1. 6. bis 31. 12. 31, also für 31 Wochen und brachte für die in Beschäftigung Stehenden eine Lohn einbuße von rund 700 000 RM. Der zweite Lohnabbau von 9 Proz. minderte für die Zeit vom 1. 1. bis 30. 4. 32 also für 17 Wochen den Lohn um weitere rund 600 000 RM. Von diesen Summen können wohl schätzungsweise 200 000 RM. Ausfall für Kurzarbeit in Ansatz gebracht werden.

Die Betriebe haben demnach mehr als eine Million RM. an Lohnersparungen erzielt. Es taucht nunmehr die Frage auf, wo diese Million, die in erster Linie der Arbeitsbeschaffung und der Kapitalbildung dienen sollte, geblieben ist. Weder das eine noch das andere wurde erreicht, denn Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wurden größer. Aber auch die Betriebe sind nach den Begründungen der Unternehmerträge ärmer geworden. Demnach hat niemand etwas von der Verringerung des Lohnes gehabt.

Wenn die Senkung des Lohnes im Zeitraum vom Oktober 1929 bis dahin 1931 mit 4,9 Proz. ermittelt werden konnte, so sehen wir, daß die Lohnminderung im 1. Gehilfenjahre 8,7 Proz., bis zum 24. Jahre 12,7 Proz. im Durchschnitt betragen hat. Es macht sich also auch hier bemerkbar, daß die sozialen Erwägungen den jüngeren Jahrgängen gegenüber sich in den Tatsachen als Gegenteil erweisen.

Die bevorzugten neueren und ergiebigeren Arbeitsmethoden sind bezeichnenderweise vom Lohnabbau stärker betroffen worden, als die anderen Gruppen. So stehen die Reproduktionsphotographen mit 7,2 Proz., die Photolithographen mit 7,4 Proz., die Kopierer mit 9,2 Proz., die Offsetdrucker (einfarbig) mit 5,8 Proz., die Zweifarben-Offsetdrucker mit 6 Proz. nicht unwesentlich über der durchschnittlichen Lohnsenkung. Damit ist der Ausgleich, den die Unternehmer durch Umstellung in den Betrieben nutzbar gemacht haben, gegenüber den Krisenwirkungen verstärkt worden.

Diesen Tatsachen gegenüber wirken die Unternehmerträge, die als eine einzige Lohnbewegung anzusehen sind, um so aufreizender.

Sie haben innerhalb Jahresfrist an direkten Lohnabbau 15 plus 12 plus 15 Proz. und jetzt wiederum 15 Proz. verlangt. Davon wurden uns auf- gezwungen 6 bzw. 7 Proz. und 9 Proz. Die Ihnen durch Schiedsspruch zuerkannten weiteren 5 Proz. sind nicht in Wirksamkeit getreten. Der erfolgte zweimalige Lohnabbau bedeutet aber für die Gehilfen den Lohnfortfall für 50 Arbeitstage.

Jetzt verlangen Sie erneut 15 Proz. Lohnsenkung. Das entspricht dem Lohnfortfall für weitere 47 Tage. Dazu kommen 8 Feiertags- und 6 Ferientage. Ihre Anträge auf Verminderung der Überstunden-, Schicht- und Bronzeczuschläge, auf Ortsklasseneinteilung und Kündigungsfrist bedeuten mindestens den Verlust des Lohnes auf weitere 15 Tage. Sie muten uns damit zu, innerhalb Jahresfrist den Gehilfen Lohnverlust für 21 Wochen zuzufügen. Mit anderen Worten, die Gehilfen sollen Ihnen 126 Tage im Jahre Fronarbeit leisten.

Das würde nicht einmal den hörigen Bauern des Mittelalters angetragen. Sie werden deshalb wohl begreifen müssen, daß wir uns solcher Gewalttätigkeit weder fügen können noch wollen, ihr vielmehr mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten. Die uns zugemutete Rolle des Totengräbers für das Gewerbe übernehmen wir nicht. Jeder einzelne von Ihnen will der Letzte sein, der begraben wird. Die Gehilfen stehen auf dem gleichen Standpunkt. Und so wird denn, wenn Sie ernsthaft auf Ihren Anträgen stehen bleiben, zu guter Letzt die Gewalt mit all ihren schlimmen Folgen entscheiden müssen. Da Unbilliges von uns nicht verlangt werden kann, fällt auch hier die Verantwortung auf Sie zurück.

## Leben um zu arbeiten oder arbeiten um zu leben?

Es ist ein ewiger Grundsatz der Volkswirtschaft, daß Güterverbrauch und nicht die Gütererzeugung dem wirtschaftlichen Handeln Sinn und Zweck gibt. Dieser Grundsatz wird leider namentlich von Unternehmern in das Gegenteil umgekehrt angewandt. Die Gewerkschaften richten demgegenüber ihre ganze Tätigkeit darauf ein, diesem ehernen Grundsatz der Volkswirtschaft Geltung zu verschaffen. Der Mensch soll nicht leben um zu arbeiten, sondern arbeiten um zu leben. Den Gewerkschaftsmitgliedern sind vielfach die Erfolge nicht so zum Bewußtsein gekommen, die ihre Organisationen in allen Ländern erreicht haben. In der „Bergwerks-Zeitung“ Nr. 105 gibt jemand seiner Freude darüber Ausdruck, daß der Gewerkschaftssozialismus in Australien nun am Ende sei. Die Errungenschaften der dortigen Arbeiterschaft müssen von dem Artikelschreiber dennoch anerkannt werden:

„In Verfolg dieser Gewerkschaftspolitik gelang es allerdings, für die städtische Arbeiterschaft Vorteile und Zugeständnisse herauszuholen, die Australien in der übrigen Welt die Bezeichnung eines „Arbeiterparadieses“ einbrachten. Die 5-Tage-Woche war lange vor dem allerdings bald wieder liquidierten russischen Experiment eine Selbstverständlichkeit in Australien. Gearbeitet wurden normalerweise 44 Stunden wöchentlich. Der Sonnabend war frei. Hier war also das englische Weekend in seiner vollkommensten Form erreicht. Für unsaubere oder besonders anstrengende Arbeiten bestand sogar die 36-Stundenwoche. Jeder Arbeiter erhielt im Alter eine Staatsrente. Auch steuerlich wurde die Stadtbevölkerung ungewöhnlich bevorzugt. So blieben z. B. Einkommen bis 6000 RM. unversteuert. Dazu kam ein ungewöhnlich hoher Lebensstandard. Ein großer Teil der Arbeiter wohnte in schmucken und komfortablen Eigenheimen. Der Besitz eines Autos war etwas durchaus Normales. Alle Annehmlichkeiten der modernen Zivilisation standen zu einem erheblichen Teil dem australischen Arbeiter zur Verfügung. Australien war der große Renommierort der reformistischen-staatskapitalistischen Gewerkschaften und der zweiten Internationalen.“

Die Gewerkschaften in Australien hatten also jenem von uns erwähnten Grundsatz wirtschaftlichen Handelns weitgehend Geltung verschafft. Mit hämischer Freude triumphiert die Reaktion aller Länder darüber, daß die Weltwirtschaftskrise die jahrzehntelangen Erfolge emsiger Organisationsarbeit vernichtet hat. Es muß heiligster Grundsatz jedes Gewerkschaftsmitgliedes sein, in allen Ländern wieder das zur Durchführung zu bringen, was in Australien zur Tatsache geworden war. Um einen hohen Lebensstandard zu erreichen und ihn dauernd festzuhalten, sind nicht nur starke Organisationen, sondern der Aufwand aller Kraft notwendig. Die nächsten Jahre werden erweisen ob die Arbeiter, Angestellten und Beamten die Bedeutung der Zeitenwende begriffen haben. Hat der politische und wirtschaftliche Niederbruch Folgen derart, daß Errungenschaften der letzten Jahre für immer verloren sind, dann müßte man an der Menschheit verzweifeln.

## Dem Gedenken Albert Thomas

Albert Thomas, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, ist plötzlich verstorben. Wer Albert Thomas war und was er für die Arbeiterklasse geleistet hat, stellt die „Gewerkschafts-Zeitung“ wie folgt fest:

Albert Thomas ist tot. Man muß es immer wiederholen, um es glauben zu können. Und dann sieht man vor sich eine gährende Leere. Wo bis vor wenigen Tagen höchste Aktivität war, wo eine unermüdete Arbeitskraft tätig war zugunsten des sozialen Fortschritts, dort ist es plötzlich still geworden. Ein Mann ist von uns gegangen, aber es war eine Persönlichkeit von solcher Eigenart, daß dieser Mann die Augen der ganzen Welt auf sich zog und im hellsten Lichte dastand. Er hatte Gegner, vielleicht auch Feinde, aber keiner hat ihm die Anerkennung verweigert, daß er erfüllt war von dem allerbesten Willen, der Menschheit sein Bestes zu geben, und daß er alles tat, um diesen Willen zur Tat werden zu lassen.

Was er als Leiter des Internationalen Arbeitsamtes geleistet hat, das wird wahrscheinlich nun, wo er nicht mehr da ist, erst voll in Erscheinung treten. Er war der eigentliche Schöpfer des Amtes. Was das Internationale Arbeitsamt geworden ist, das hat er daraus gemacht. Der Teil XIII des Versailler Vertrags hätte so gut totes Papier bleiben können wie manches andere dieses Vertrags, und das Internationale Arbeitsamt wäre vielleicht eine Schreibstube des Völkerbundes geworden, unfruchtbar wie dieser, wenn nicht Albert Thomas ihm seine Seele eingehaucht hätte. Und das war eine Feuerseele. So bekam das Arbeitsamt Leben, es wirkte und seine Arbeit stand im Dienste der Arbeiterschaft.

Albert Thomas war Sozialdemokrat. Er hat von der Picke auf gedient, hat Not und Entbeh-

rum am eigenen Leben kennengelernt und brachte so vieles in sein Amt mit, was ein bürgerlicher Sozialpolitiker nicht hätte mitbringen können. Und wenn in der Diele seiner Wohnung ein altes Plakat einer von ihm früher herausgegebenen Zeitung hing, so war das nicht ein Hinweis auf eine vergangene Zeit, sondern ein Bekenntnis. Er ist der Arbeiterbewegung treu geblieben, er, der ein großer Diplomat war, der von Hauptstadt zu Hauptstadt eilte, um für die Ergebnisse der internationalen Arbeitskonferenzen zu wirken und von den Regierenden mit Ehre und Hochachtung empfangen wurde, er ist ebenso gern in Arbeiterversammlungen gegangen, um dort Freunde für die internationale Arbeitsorganisation zu werben.

Richtig gekannt hat ihn aber nur, wer ihn bei seiner Arbeit beobachtet konnte, die ihm wirklich nicht leicht gemacht worden ist. Gleich nach dem Kriege entdeckten viele ihr sozialpolitisches Herz, die gar keins besaßen. Die Beschlüsse der Washingtoner Arbeitskonferenz 1919 wurden nahezu einstimmig gefaßt. Später ließ die Furcht vor der Arbeiterklasse nach und nun begannen die Schwierigkeiten. Viele Steine wurden dem Direktor in den Weg gewälzt, um ihn und sein Werk aufzuhalten, und hier zeigte sich Albert Thomas in seiner vollen Größe. Allen Einwänden stellte er sein umfassendes Wissen und sein warmes Herz entgegen und siegte. Zugute kam ihm dabei seine glänzende Rednergabe. Es war ein Genuß, ihm zuzuhören. Selbst wer ihm sprachlich nicht folgen konnte, fühlte, daß ein Mann sprach, der getragen wurde von einer starken Überzeugung und zu ihr auch stand. Auf den internationalen Arbeitskonferenzen war der Tag, an dem er in der Debatte über seinen Bericht die Schlubrede hielt, der große Tag. Es waren rhetorisch immer Meisterleistungen, denen das volle Haus begeistert zustimmte, aber seine Kampfreden im Verhandlungsrat waren trotzdem noch besser.

Nicht weniger Schwierigkeiten als der Widerstand der Unternehmergruppe hat ihm der Umstand bereitet, daß er sich bemühen mußte, einer Vielheit von Regierungen Rechnung zu tragen. Es hat großes diplomatisches Geschick dazu gehört.

Die Ungunst der Wirtschaftslage war der Sozialpolitik in den letzten Jahren sehr abträglich. Aber der große Optimismus, der Albert Thomas besaß, hat verhindert, daß er kleinmütig wurde; er stand bis zuletzt bei seinem Bau und legte Stein auf Stein. Dabei hat die Anerkennung, die ihm gezollt wurde, ihn niemals gehindert, klar zu sehen, daß seine Arbeit vergeblich sein mußte, wenn er sich nicht auf eine starke Gewerkschaftsbewegung stützen konnte. In seinen Jahresberichten, die niemand missen konnte, der sich sozialpolitisch betätigte, hat er das oft ausgesprochen. Darum hat er die Gewerkschaften gefördert, wo er irgend konnte.

Die Arbeiter sind ihm großen Dank schuldig. Nicht zuletzt auch wegen seiner Bemühungen um internationale Arbeitsbeschaffung. Es ist geradezu ein verhängnisvoller Schlag für die Arbeiter, daß Albert Thomas aus seiner Tätigkeit herausgerissen wurde, wo er daran war, den bürokratischen Apparat des Völkerbundes in Gang zu halten, um seine Arbeitsbeschaffungspläne durchzusetzen. Es wird nicht einfach sein, hier seinen Weg weiter zu verfolgen.

Albert Thomas war ein Mann ganz großen Formats. Männer wie er sind selten. Um so schwerer wird es sein, ihn zu ersetzen.

### Vorstoß der internationalen Gewerkschaftsbewegung beim Internationalen Arbeitsamt

Die ungeheure Notlage des Millionenheeres der Arbeitslosen hat die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der europäischen Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften veranlaßt, gegen die schleppende Behandlung der vordringlichsten Probleme zur Bekämpfung der Krise beim Internationalen Arbeitsamt in Genf zu protestieren. Aus Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Holland, Österreich, der Tschechoslowakei, Estland und Lettland wurden Telegramme an die 16. Internationale Arbeitskonferenz gesandt, in denen gefordert wird, schnellstens internationale Maßnahmen gegen die Arbeitslosennot zu treffen und insbesondere die Durchführung der Vierzigstundens- und der Arbeitsbeschaffung zu beschließen. Die europäischen Gewerkschaften verlangen die dringliche Einberufung einer internationalen Sonderkonferenz zwecks Beratung wirksamer Maßnahmen mit dem Ziel, insbesondere die Vierzigstunden- bzw. Fünftageswoche als Höchstarbeitsdauer international durch eine Konvention durchzuführen. In ähnlicher Form sind von außer-europäischen Ländern Australien und Neuseeland beim Internationalen Arbeitsamt vorstellig geworden, so daß den von der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Genf soeben erneut erhobenen

Forderungen größter Nachdruck verliehen worden ist.

Diese dringlichen Appelle veranlassen hoffentlich das Internationale Arbeitsamt, energischer als bisher die Widerstände zu bekämpfen, die den einzig möglichen Linderungsmaßnahmen unverantwortlicher Weise noch entgegengesetzt werden.

### Das warme Herz

Die außerordentlich harten Kämpfe bei den Tarifverhandlungen für das Lithographie- und Steindruckgewerbe am 9. und 10. Mai um die zukünftige Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gehilfenschaft hat die Unternehmer unter dem Druck der unwiderleglichen Beweisführung der Gehilfenvertreter ob ihrer unerhörten Forderungen immer wieder zu der Feststellung veranlaßt, daß sie für die Gehilfenschaft ein warmes Herz hätten und nur aus Sorge um die Befriehe zu ihrem Verlangen gezwungen wären. Ihr warmes Herz floß aber besonders über, als es um die Lehrlinge ging. Würde nicht jeder, daß auch die Lehrlingsausbildung den Unternehmern ein Mittel ist, den Kampf um die Verteilung des Sozialproduktes zu ihren Gunsten zu beeinflussen, wäre leicht eine Verständigung dahin zu erzielen, jedem jungen Menschen aus warmem Herzen die denkbar beste berufliche Ausbildung zu sichern. Auch die Gehilfenschaft ist der Meinung, daß möglichst jeder der Schule Entwachsene möglichst einen Beruf erlernen sollte. Leider geht es ja auch hier um Kampfobjekte. Das wies die Verhandlung nur zu deutlich aus. Hatten die Unternehmer doch folgenden Antrag gestellt: „Dem Lehrling ist während der Dauer der Lehrzeit der zum Besuch der Fortbildungsschule nötige Urlaub nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen unter entsprechender Kürzung des Wochengeldes zu gewähren“. Als die Gehilfenvertreter bei Beratung dieses Antrages darauf hinwies, daß die Unternehmer sich nicht scheuen, den Schulbesuch der ihnen angeblich so warm ans Herz gewachsenen Lehrlinge zum Anlaß einer kleinen Lohnbewegung zu machen, genierte sich das warme Herz nicht zu raten, den Schulbesuch der Lehrlinge wieder in die Abend- und Nachtstunden zu verlegen, um Kostgeld einbußen zu verhindern. Ob solcher Zumutungen explodierten selbstverständlich die Gehilfenvertreter, denn leider steht durch ärztliches Zeugnis fest, daß ein erheblicher Teil auch unserer Lehrlinge an Unterernährung leidet. Aber wenn es um den Verdienst geht, sind auch unsere Unternehmer zu solchen Dingen fähig. Das Ganze aber ist eine einzigartige Beleuchtung des warmen Unternehmerherzens, das bei den Verhandlungen ununterbrochen herumgerichtet wurde. Jeder kann sich daraus den richtigen Vers selber machen.

### Sechsstudentag und Fünftageswoche in den Vereinigten Staaten

Sind in Deutschland und in andern europäischen Ländern die Unternehmer in ihrer Allgemeinheit gegen organisierte Arbeitszeitverkürzung zwecks besserer Verteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten, so wird im Gegensatz dazu in den Vereinigten Staaten die Bewegung zur Einführung der sechsständigen Tagesarbeit oder der Fünftageswoche auch von den Unternehmern gefördert. Die großen Unternehmerverbände gelangen zur Einsicht, daß angesichts der gewaltigen Zunahme der Produktionsanlagen und ihrer Leistungsfähigkeit die Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten auf mehrere Personen eine unabwendbare Notwendigkeit ist, und daß daher manche Schwierigkeiten, die mit der Arbeitszeitverkürzung verbunden sind und die in Amerika gerade so wie in den europäischen Ländern in Erscheinung treten, in Kauf genommen werden müssen. Nach der Zusammenstellung der Princeton Universität haben bisher 211 Industriekonzerne mit mehr als 2 Millionen Arbeitern eine organisierte Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt. Es sind vornehmlich die Automobilindustrie, elektrotechnische Industrie, Ölproduktion, Telegraph- und Telefonindustrie, das Baugewerbe, Buchdruckgewerbe und die Nahrungsmittelindustrie, welche die Arbeitszeitverkürzung in organisierter Form vorgenommen haben. Der Unternehmerverband für die chemische Industrie, deren Mitglieder 600 000 Arbeiter beschäftigen, forderte seine Mitglieder auf, den Sechsstudentag einzuführen. Die meisten Unternehmungen sind dieser Aufforderung nachgekommen. Da in diesem Produktionszweig viele chemische Prozesse in ununterbrochener Arbeitszeit durchgeführt werden müssen, erfordert die Arbeitszeitverkürzung die Umstellung der Arbeit von drei Schichten mit achtstündiger auf vier Schichten mit sechsständiger Arbeitszeit. Der Leiter einer großen chemischen Gesellschaft in Michigan, der den Übergang zur Vierschichtarbeit bereits im Dezember 1930 durchführte, berichtete von außerordentlich günstigen Erfahrungen. Un-

ter den Vorteilen der Vierschichtenarbeit, die von ihm angeführt wurden, seien hervorgehoben: erhöhte Tagesproduktion, größerer Ertrag des angelegten Kapitals, bessere Verteilung der Arbeitskräfte und Senkung der Generalunkosten. Die Vorteile für die Arbeiter sind Entlastung von einseitiger Arbeit, mehr freie Zeit für Erholung, mehr Gelegenheiten für Berufsausbildung, weniger Arbeitszeitvergeudung, bessere Gesundheit, geringere Lebenshaltungskosten dank der Möglichkeit, daß die Arbeiter ihre Mahlzeiten zu Hause einnehmen können, und größere Beständigkeit der Beschäftigung an einem Ort.

### Private Bereicherung auf Kosten der Unternehmungen

Wenn die Großkonzerne Unternehmungen aufkaufen, um ihren Machtbereich zu erweitern, vergütete sie diesen Unternehmungen bzw. ihren Aktionären häufig Preise, die in keinem Verhältnis zum Ertragswert der aufgekauften Unternehmungen stehen. So wird das Unternehmen mit hohen Kosten belastet, die aus den Löhnen und Gehältern herausgewirtschaftet werden müssen, während einzelne Kapitalbesitzer bzw. Großaktionäre ungebührlich bereichert werden. Ein anderer Fall privater Bereicherung kommt oft bei den sogenannten Stützungskäufen vor, wenn das Unternehmen eigene Aktien aufkauft, um deren Kurs zu stützen. In solchen Fällen erfährt die Öffentlichkeit, die von den Stützungskäufen selbst erst nachträglich, bei der Vorlage der Bilanz, unterrichtet wird, nichts darüber, von wem und zu welchen Kursen jene Käufe stattfanden. Häufig bewirken diese Stützungskäufe vor allem die Stützung einzelner Großaktionäre oder Vorstandsmitglieder auf Kosten des Unternehmens selbst, indem Aktien von ihnen zu einem überhöhten Kurse, die dem Ertragswert der Aktien im Zeitpunkt des Aktienkaufs nicht entsprachen und hoch über dem Börsenkurs standen, übernommen wurden. Bezeichnend für die private Bereicherung einzelner, die ihre Aktien dem Konzern verkauften, ist der Fall des großen Kalikonzerns Burbach, von dem sich kürzlich herausstellte, daß er eine gewaltige Schuldenlast, die bisher verheimlicht wurde, zu tragen hat. Dieser Konzern besitzt zur Zeit 33,5 Millionen Mark Eigenaktien. Auf Grund der Erklärungen des Konzerns kann der Einstandspreis für 19,6 Millionen Mark festgestellt werden. Für die übrigen 13,9 Millionen Aktien, die teils schon bei der Kapitalerhöhung 1928 vorhanden waren, teils nachher durch Stützungskäufe hinzugekommen sind, ergibt sich ein Buchwert von 34,73 Millionen Mark, mithin ein Einstandspreis von rund 250 Proz.! Es steht also fest, wie die „Frankfurter Zeitung“ hervorhebt, daß für diejenigen Aktien, die vor 1928 zwecks Erweiterung der Konzernmacht und später zwecks Kursstützung aufgekauft wurden, Kurse bewilligt wurden, die nicht weit zurückstehen hinter dem Höchstkurs, den die Burbachaktien jemals an der Börse erzielten. Das wiegt um so schwerer, als sich unter den Stützungskäufen auch solche befinden, die man befreundeten Stellen abgekauft hat. „Die Bezahlung solcher Kurse bei Stützungskäufen“ — schreibt die „Frankfurter Zeitung“, — „erscheint als ein schwerer Mißbrauch, den man den freien Aktionären gegenüber, die jetzt die Leidtragenden sind, schwerlich wird verantworten können“. Wir möchten hinzufügen, ein Mißbrauch auch den Arbeitern und Angestellten gegenüber, auf deren Rücken die vergeudeten Summen eingesparrt werden sollen.

### Die Bevölkerungsabnahme Berlins

Ende 1931 hatte Berlin eine Bevölkerungszahl von 4 288 944 gegen 4 332 547 am Anfang des Jahres. Die Bevölkerungsabnahme betrug also 43 603. Diese Abnahme wurde verursacht durch den Fortzugsüberschuß in Höhe von 33 007 und durch den Sterbeüberschuß von 10 596. Der im letzten Jahrzehnt erfolgte gewaltige Zuzug nach Berlin hat mithin zum ersten Male eine Stockung gebracht. Die Fortkommensmöglichkeiten in den großen Städten sind wesentlich geringer geworden. Dies kommt in der Bevölkerungsabnahme zum Ausdruck. Wie groß der Zuzug nach Berlin war geht am besten daraus hervor, daß vom 1. Januar 1921 bis 31. Dezember 1931 mithin in 11 Jahren der Zuzugsüberschuß 463 248 Personen betrug. In der gleichen Zeit war infolge der geringen Geburtenzahlen ein Sterbeüberschuß von 54 519 zu verzeichnen. Die Bevölkerungszunahme betrug mithin 408 729. In den Jahren nach dem Kriege hat nach den Großstädten eine wahre Völkerwanderung eingesetzt, die jetzt in eine rückläufige Bewegung umgeschlagen ist. Bedenken wir, daß Berlin in 11 Jahren einen Zuwachs von einer Großstadt wie Düsseldorf hatte. Daß ein solcher Zuzug nach den Großstädten ungesund ist, dürfte verständlich sein.

**Inhaltsübersicht:** Um was es geht! a) Die Katastrophenpolitik der Unternehmer; b) Leiden und Lasten der Gehilfenschaft / Leben um zu arbeiten oder arbeiten um zu leben? / Dem Gedenken Albert Thomas / Vorstoß der internationalen Gewerkschaftsbewegung beim Internationalen Arbeitsamt / Das warme Herz / Sechsstudentag und Fünftageswoche in den Vereinigten Staaten / Private Bereicherung auf Kosten der Unternehmungen. Die Bevölkerungsabnahme Berlins.